



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XT/95 - 26. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 696 690

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Und die Wiedervereinigung?</u> Offene Fragen auf dem CDU-Parteitag in Köln	34
2 - 3	<u>Ballast über Bord!</u> De Gaulle vor neuen Aufgaben Von Günter Markscheffel	67
4	<u>Nach dem Putsch</u> Vier Apriltage änderten das Gesicht der Fünften Republik Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scherer	31
5	<u>Das Bündnis der stärksten Parteien</u> Zur Regierungsbildung in Belgien	34
5	<u>Übergesetzlicher Notstand?</u> Der Ruf nach dem Verfassungsbruch	19
5 - 7	<u>Jenseits der Oder und Meiseo</u> So leben die Deutschen Aufschlussreicher Bericht des evangelischen Pfarrers Lippert	99

* * * *

Und die Wiedervereinigung?

Offene Fragen auf dem CDU-Parteitag in Köln

sp - Ein der SED durchaus nicht wohlgesonnener ausländischer Diplomat, der als Beobachter seiner Botschaft am CDU-Parteitag in Köln teilnahm, sagte nach Abschluss des ersten Verhandlungstages: "Was die Kanzlerpartei hier aufführte, ist recht interessant, läßt jedoch den Gedanken an die Wiedervereinigung Deutschlands völlig ausser acht". - Treffender konnte wohl kaum das charakteristische Merkmal dieses Parteitages gekennzeichnet werden.

* * *

Dass Adenauer und seine Parteifreunde jede Gemeinsamkeit mit anderen demokratischen Kräften in den grossen Fragen der deutschen Politik ablehnen würden, war nicht überraschend. Dass sie aber praktisch eine Verzichtserklärung für die deutsche Wiedervereinigungspolitik abgaben, indem sie überhaupt nicht über dieses Problem sprachen, ist deprimierend. Die sogenannten Diskussionsredner, die zwischen den einzelnen Referaten eingeschoben wurden und deren Ausführungen im wesentlichen in der Bestätigung vorher gehaltener Referate gipfelten, konnten diesen Eindruck nicht verwischen.

Damit zeichnet sich die CDU selbst als das, was sie seit langem ist: als eine Partei von Gestern, deren wahrscheinlich einziges Bestreben - bewusst oder unbewusst - in der Erhaltung des Status Quo besteht. Wenn sie sich offen zu dieser Art von Politik bekennen würde, wäre das ehrlich. Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonen-grenze wüsste in diesem Falle, was es von der CDU zu halten hat.

So aber wird die Problematik der Wiedervereinigung des Vaterlandes mit einer geradezu peinlichen Phraseologie überdeckt. Man wiederholt "Bekanntnisse", verzichtet aber darauf, auch nur andeutungsweise den Weg zur Verwirklichung eines angeblich vorhandenen Willens in der praktischen Politik aufzuzeigen. Psychologisch ist es unter diesen Umständen verständlich, wenn über 500 erwachsene Menschen begeistert Beifall klatschen, als man ihnen sagte, ein Zusammenwirken der grossen demokratischen Parteien komme überhaupt nicht in Frage.

Man will also unter sich bleiben. Man will die Politik fortsetzen, die uns weder der Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden, noch der Entspannung in Europa nähergebracht hat. Und man jubelt sich selbst dabei an...

+ + +

- 2 -

Ballast über Bord !

De Gaulle vor neuen Aufgaben

Von Günter Markschaffel

Aus Frankreich wird berichtet, Staatschef de Gaulle habe während des "Barrikadenprozesses" zu einem früheren General, der ihn an die "Treue der Armee" erinnerte und um Verständnis für die angeklagten Militärs bat, geantwortet:

"Was Sie unter 'Armee' verstehen, weiß ich nicht. Ich aber weiß, dass ein Teil dieser 'Armee' die Dreyfuss-Affäre organisiert hat, Hitler nach Frankreich einmarschieren liess und jetzt im Begriff ist, Frankreich in Algerien zu verrotten".

* * *

Sicher hat de Gaulle, als er dies sagte, nicht geahnt, dass sich seine Charakteristik der Algerien-Generäle so schnell bewahrheiten würde. Aber die Tatsache, dass de Gaulle einen Teil des Führungskorps der französischen Armee so sah, wie er es zu einem früheren Kriegskameraden sagte, war die Voraussetzung für seinen harten Willen, die Meuterer in Algerien mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln niederzuschlagen.

Atempause

Die schnelle Niederlage der putschenden Algerien-Generäle gibt Frankreich jetzt eine politische Atempause. De Gaulle hat in den letzten Tagen erkannt, mit wem er rechnen kann und welches die politischen Kräfte sind, die ihm helfen wollen, den Algerien-Krieg zu beenden. Im Interesse Frankreichs, aber auch im Interesse eines guten Verhältnisses zwischen den afrikanischen Völkern und Europa ist es nur zu wünschen, dass de Gaulle diese Atempause richtig nutzt. Politisch würde dies bedeuten, dass in Frankreich endlich die "Armee" aus ihrer zwielichtigen Rolle eines Staates im Staate herausgebracht wird. Das letzte Abenteuer der Algerien-Generäle bietet de Gaulle die Chance, diese schwärende Wunde der französischen Politik auszubrennen. Das wäre heilsam, auch für politisierende Generäle in

anderen Staaten...

FLN verteilte Internationalisierung des Konflikts

Es ist beachtlich, dass die algerische Freiheitsbewegung FLN und ganz allgemein die Moslem-Bevölkerung in Algerien und im Mutterland eine bewusst neutrale Haltung eingenommen hat. Den FLN-Führern wäre es ein Leichtes gewesen, unter dem Eindruck des wahnwitzigen Militärputsches, Hilfe von anderen afrikanischen Staaten oder sogar von Kräften ausserhalb des afrikanischen Kontinents zu erbitten. Wahrscheinlich wäre diese Hilfe gewährt und wahrscheinlich wäre dann der Algerien-Krieg in aller Form internationalisiert worden. Es war nur noch eine Frage von Stunden, ob Algerien ein zweites Kuba oder ein zweites Laos werden würde.

* * *

Wir können heute noch nicht sagen, ob die Führung der FLN ihre Zurückhaltung mit der Hoffnung oder Aussicht auf eine baldige Wiederlage der putschenden Generale geübt hat. Aber die Tatsache, dass diese Zurückhaltung geübt wurde, ist für die Gaullisten das Zeichen dafür, wie sehr sich die Führung der algerischen Befreiungsfront daran interessiert zu sein scheint, die Verhandlungen über die Beilegung des Algerien-Krieges mit Paris wieder aufzunehmen.

Und die Fremdenlegion ?

In den ersten Stunden des Generalsputsches haben wir auf die unseelige Rolle verwiesen, die die französische Fremdenlegion hierbei spielte. Es wäre an der Zeit, dass Paris auch dieses Problem jetzt endlich löst.

Die Fremdenlegion ist ein Fremdkörper im französischen Volk und in der französischen Politik. Sie kann - wie die letzten Tage bewiesen haben - vor jedem Abenteuerer benutzt werden, weil sie selbst aus Verzweifelten und Abenteurern zusammengesetzt ist. Ihre Existenz vergiftet das Verhältnis Frankreichs zu seinen Freunden in Afrika und zu jenen Freunden, aus deren Ländern die Legionäre kommen.

Wir haben der französischen Regierung keine Ratschläge zu geben, aber soweit es sich um Fremdenlegionäre deutscher Nationalität handelt, haben wir das Recht, von der französischen und deutschen Regierung zu fordern, dass jetzt endlich klare Verhältnisse geschaffen werden. Was wir darunter verstehen, weiss man in Bonn ebenso gut wie in Paris.

Im Übrigen aber dürfte das ganze deutsche Volk Freude darüber empfinden, dass die Republik Frankreich den Putsch der französischen Generale so schnell überwunden hat.

* * *

Nach dem Putsch

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der klägliche Zusammenbruch des Algerienputsches ist die direkte Folge der konsequenten Handhabung der republikanischen Legalität durch General de Gaulle, unterstützt durch den politischen Generalstreik von zehn Millionen Arbeitnehmern und durch die Bereitschaft vor allem der Linksparteien und Gewerkschaften, die faschistische Machtergreifung "mit allen Mitteln" zu verhindern. "Mit allen Mitteln", das hiess Massenaufgebot von Zivilisten an bestimmten Punkten, Konzentration loyaler Gruppen an anderen Punkten, Anwerbung von Freiwilligen in neugeschaffenen Milizen und schliesslich der Einsatz der regierungstreuen Marine.

Die grosse Mehrheit der in Algerien stehenden französischen Armee hat daraus die Konsequenz gezogen, die aufständischen Generale waren zur Kapitulation gezwungen. Wahrscheinlich wären die rechtseradikalen Fanatiker nie so weit gegangen, wenn man sie nicht seit Jahren geschont hätte. Es begann mit faulen Tomaten und endete mit offenen Bürgerkriegs-massnahmen. Die Maiputschisten bekamen Orden, die Barrikadenbauer von 1960 wurden aus der Haft entlassen. Wird man jetzt die Lehren ziehen?

Freude, Erleichterung und Genugtuung herrschen in Frankreich, aber niemand glaubt, dass die Dinge jetzt so weitergehen werden wie zuvor. Linksparteien und Gewerkschaften, die zum Sieg über die Putschisten entscheidend beigetragen haben, fordern mit grösstem Nachdruck eine entscheidende Säuberung der Armee, Liquidierung aller faschistischen Bürgerkriegsgruppen, Frieden für Algerien und unverzügliche Verhandlungen mit der FEN. De Gaulle hat jetzt alle Mittel, diesen Weg bis zu Ende zu gehen.

Die französische Linke geht aus dieser Prüfung gestärkt hervor, die Rechte geschwächt. Die Rechtsbürgerlichen, die sich schützend vor die faschistischen Generale gestellt hatten, sind kompromittiert. Die Rechtseradikalen sind vorläufig von der Bildfläche verschwand. Die Gewerkschaften haben an Gewicht gewonnen. Vier Apriltage haben das Gesicht und das Kräfteverhältnis der 5. Republik verändert.

Das Bündnis der stärksten Parteien

ler - Zum ersten Mal seit 12 Jahren nahmen belgische Sozialisten, die bei den letzten Wahlen ungeschlagen blieben, obwohl sie im Mittelpunkt konzentrischer Angriffe des vormaligen Kabinetts Eyskens gestanden hatten, wieder an der Regierung teil. Für Belgien war dies die einzig mögliche Lösung, und es spricht für den Wirklichkeitssinn und den Vorausblick der Vertreter beider grossen Parteien, der belgischen Sozialisten und der belgischen Christlich-Sozialen, dass sie diese Lösung so schnell nach der grössten Krise Belgiens seit dem Ende des zweiten Weltkrieges fanden.

Ausgelöst worden war die Krise durch die für alle überraschende Entwicklung im Kongo. Diese nun von schrecklichen Wirren gezeichnete ehemalige belgische Kolonie bildete einen wesentlichen Bestandteil des belgischen Reichtums und der Wirtschaftskraft; ungezählte Millionen flossen in die belgische Staatskasse und des belgischen Grosskapitals. Der Verzicht darauf brachte das Land an den Rand des politischen Abgrunds, ja an den Rand des Bürgerkrieges. Die konservativen Mächte dieses Staates unter der Führung des gestürzten Kabinetts Eyskens glaubten die Folgen der Congoentwicklung durch Abbau auf sozialen Gebiet ausgleichen zu können. Das war ein tragischer Irrtum. Vier Wochen lang erschütterten Massenstreiks dieses Land, wozu verschärfend der neu auflodernde Konflikt zwischen Wallonen und Flamen kam. Die Existenz Belgiens als Staat schien bedroht. Das Kabinett Eyskens, verblendet durch Starrsinn, zeigte sich blind gegenüber diesen Gefahren. Es beharrte, ohne das Land darauf vorbereitet zu haben, auf der Durchsetzung eines Sparprogrammes, das das Grosskapital ungehorsam liess, umso mehr aber die Masse des belgischen Volkes traf. Die Quittung blieb nicht aus. Die Christlich-Sozialen erlitten bei den letzten Wahlen beträchtliche Verluste, wogegen die Sozialisten in unverminderter Stärke in das Parlament einzogen. Einsichtsvolle Ägner bei den Christlich-Sozialen, in Verbindung mit den staatsmännischen Qualitäten eines Paul Henri Spaak, sicherten nun Belgien eine neue Regierung, von der man wohl sagen kann, dass sie mit neuem Elan an die Wiederherstellung der inneren Stabilität dieses Landes heranzugehen wird. Durch das Bündnis beider grossen Parteien bleibt Belgien eine Entwicklung erspart, die zur inneren Auflösung geführt hätte.

+ + +

Übergesetzlicher Notstand?

sp - Wieder einmal hat Bundesinnenminister Dr. Schröder, diesmal auf dem CDU-Parteitag in Köln, der Sozialdemokratie vorgeworfen, sie verhindere das Zustandekommen eines funktionsfähigen Notstandsgesetzes. Ähnliches konnte man kürzlich von der Vizepräsidentin des Bundestages Fr. Jaeger vernehmen. Beide Herren sprachen in diesem Zusammenhang von einem Ernstfalle, in dem sich die Regierung in der Lage sähe, auch ohne gesetzliche Grundlage den Notstand auszurufen. Was soll dieses vielschillernde Gerade, dieses Spielen mit dem Verfassungsknick, wie es der Rechtsexperte der SPD, Dr. Arndt, bezeichnet? Jaeger und Schröder sagten die Unwahrheit, als sie davon sprachen; die Sozialdemokratie wäre nicht bereit, ein Notstandsgesetz zu verabschieden. Wären diese Herren wirklich so besorgt um die Sicherheit der Bundesrepublik, wie sie vorgaben, dann müssten sie die Wiederaufnahme der Gespräche pflegen, die schon einmal zwischen CDU und SPD darüber geführt wurden. Auf Geheiss des Bundesinnenministers wurden diese Gespräche unterbrochen. Es geht ihm nicht um ein Notstandsgesetz, es geht ihm um einen Wahlschlag und um Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie als einem der Träger unseres Staates. Schröder fühlt sich nicht in der Rolle eines Hüters der Verfassung, er bevorzugt die Rolle eines Parteipropagandisten.

+ + +

Demseite der Oder und NeisseAufschlussreicher Bericht des evangelischen Pfarrers Lippert

Aus Danzig, Ostpreussen, Posen, Schlesien und Pommern kommen immer wieder einzelne deutsche Familien herüber; obwohl die offizielle Familienzusammenführung schon 1959 von Polen als beendet erklärt worden ist. Die ersten Tage im ersehnten "Wunderland Westdeutschland" verbringen sie in Friedland. Ein 70jähriger aus Oberschlesien berichtet von den deutschen Schulen, die um 1950 in allen Kreisstädten von den polnischen Behörden eingerichtet worden sind. "Da haben sich die Polen allerhand Mühe und Kosten gemacht, man muss das anerkennen; jetzt gehen die Schulen langsam wieder ein, weil die Schüler fehlen; bis zu neun Schüler werden sie aber gehalten. Die Bücher kommen aus der DDR". Die deutschen Kinder können auch Stipendien erhalten, wenn sie gut lernen. Die Lehrer sind teils Deutsche, zuweilen umgeschult aus einem anderen Beruf, teils Polen.

* * *

In Liegnitz leben schätzungsweise noch 100 Deutsche, die meisten haben einen Pass des Sowjetzarenstaates. Das Verhältnis mit dem Polen sei besser geworden, wird berichtet. Deutsch ist zwar als Sprache nicht offiziell zugelassen, aber es wird auf den Strassen, besonders in Oberschlesien, viel gesprochen, und ohne Angst vor Strafe.

Ein zum Lehrer umgeschulter ehemaliger Revisor erhielt 800 Zloty Gehalt, ein Schweisser aus Gleiwitz sagt, er habe 2 200 Zloty gehabt. Ein Paar Schuhe kosten 700 Zloty, ein Anzug 2 000; Wohnungen sind billig, aber selten.

* * *

Im südlichen Teil Ostpreussens leben unter der polnischen Verwaltung noch etwa 25 000 Deutsche, die, soweit sie kleine Bauern waren, ihr Eigentum noch besitzen. Wenn ein Bauer oder ein Hausbesitzer in der Stadt die Ausreisegenehmigung nach Westdeutschland erhält, was manchmal erst nach dem sechsten oder siebenten Antrag der Fall ist, kann er seinen Besitz an Verwandte übergeben, wenn er welche hat, oder auf seine Rechte vor dem Amtsgericht verzichten. Die deutsche Sprache ist weder in der Schule noch in der Kirche erlaubt, aber hin und wieder hält ein polnischer Pfarrer auf deutsch, soweit und so gut er kann, einen Gottesdienst.

* * *

Nur noch 3 000 Deutsche sollen unter sehr schweren Lebensbedingungen in Pommern leben, meistens als Landarbeiter auf den polnischen "Staatsgütern". Viele von ihnen sind nach Kriegsende dorthin aus Posen oder Ostpreussen verschlagen worden. Die in Pommern lebenden Polen kommen aus den ehemals polnischen, heute russischen Gebieten hinter dem Bug. In Pommern darf offizieller deutscher Gottesdienst gehalten werden, aber ein -polnischer- Pfarrer hat manchmal zwanzig Gemeinden zu versorgen. In Stettin gibt es noch einen deutschen "Klub" und eine kleine deutsche Schule mit zwanzig Schülern.

* * *

Aus Zentralpolen kommen besonders selten deutsche Familien heraus und manche, die gern weg möchten, ziehen nach Möglichkeit in die ehemaligen Reichsgebiete. Unter politischer Beeinflussung haben die Deutschen, ausser in Oberschlesien, nicht mehr zu leiden, aber alle leben in sehr gedrückten Verhältnissen. Es wird zwischen Polen und Deutschen häufiger geheiratet als früher, und die deutsche Sprache wird von der Jugend immer weniger verstanden und gesprochen.

In Wiederschlesien halten zwei evangelische Pastoren für die etwa 5 000 Deutschen Gottesdienste in deutscher Sprache, so in Breslau, Schweidnitz, Liegnitz und Waldenburg. Die Zahl der deutschen Minderheitenschulen sei auf fünf zusammengedrückt. Keiner der Deutschen be-

sitze mehr sein früheres Eigentum.

Nach Aussagen von Umsiedlern werden die deutschen Rundfunksender, vor allem die aus der Bundesrepublik, in fast allen deutschen Ostgebieten von der deutschen Minderheitenbevölkerung ohne Schwierigkeiten gehört. Eine politische Beeinflussung der Deutschen gebe es kaum. Häufig seien Deutsche von den Polen wieder mit wichtigen Aufgaben betraut worden. Deutsche und Polen heirateten öfter. Die deutsche Sprache werde von der Jugend immer weniger verstanden.

Nach Mitteilung des Lagerpfarrers von Friedland ist bei vielen Deutschen in der Sowjetunion die Hoffnung auf baldige Rückführung neu geweckt. Ihre Lage sei noch bedrängter als die der Deutschen in Polen. Im Memelland bemühten sich die etwa 10 000 bis 12 000 Deutschen, dem starken politischen und weltanschaulichen Druck zu widerstehen.

In den früheren Strafgebieten von Kasachstan, Karaganda und Sibirien, besonders aber in den neuen Agrargebieten Zentralasiens, seien Deutsche vor allem als Land- und Forstarbeiter beschäftigt. Als ehemalige Strafgefangene oder Verbannte lebten sie häufig in sehr primitiven Verhältnissen in der sogenannten "freien Ansiedlung", jedoch unter starker polizeilicher Aufsicht. In Akmolinsk in Nordkasachstan amtierte ein deutscher evangelischer Pfarrer, der die Stadt jedoch nicht verlassen dürfe. Pastor Köppert unterstrich, dass sich die deutsche Sprache bei diesen aus dem europäischen Russland, dem Memelland, den Baltiken, der Bukowina, Wolhynien und Bessarabien stammenden Deutschen meist viel reiner erhalten habe als bei den Deutschen in Polen.

Vorstehender Bericht fand in Warschau starke Beachtung und Kritik. Die Folge war, dass die postalischen und finanziellen Verbindungen der evangelischen Kirche und auch einzelner Geistlicher in der Bundesrepublik zur evangelischen Kirche in Polen von polnischer Seite praktisch unterbunden wurden. Begründet wurde dieses Vorgehen mit "revisionistischer Tätigkeit" westdeutscher Pastoren und kirchlicher Stellen. Es sei unter polnischer Würde, so heißt es, Sach- und vor allem Geldspenden von solchen Behörden und Geistlichen anzunehmen. Wenn westdeutsche Lagerpfarrer, etwa in Friedland, von Hunderttausenden Deutschen in Kasuren oder Schlesien sprechen, so wird das als eine bewusste Irreführung interpretiert. Die angeblichen Deutschen hätten seit langem die polnische Staatsangehörigkeit angenommen.

Letzteres trifft tatsächlich zu, wobei freilich die Gründe für die Option für Polen in den nur einmal gegebenen Lebensnotwendigkeiten zu suchen sein dürften. Rein juristisch werden die Hunderttausende alter Einwohner von offizieller polnischer Seite als Polen gewertet. Mit anderen Bezeichnungen sollte lediglich die Möglichkeit revisionistischer Änderungen angedeutet werden, argumentiert man in Warschau.

Die Folgen bekommt die evangelische Kirche in Polen zu spüren. Von unterrichteter kirchlicher Seite wird die Gesamtzahl der Einwohner evangelischer Glaubens mit etwa 150 000 angegeben. 110 000 entfallen auf die lutherische Kirche.

Auch Postsendungen nach Polen werden unter dem Stichwort "Revisionismus" allgemein schärfer als früher kontrolliert. So sind z.B. Kalender aus dem Bundesgebiet mit dem Argument, der Inhalt sei für Polen nicht tragbar (etwa deutsche Städtenamen aus den polnisch verwalteten Gebieten oder entsprechende statistische Angaben), beschlagnahmt oder aus Sendungen entfernt und eingestampft worden.